

Magdeburg, den 23.01.2019

Tischvorlage

Präsidiumssitzung Nr. 182
Datum: 28.01.2019
Ort: Landesgeschäftsstelle
Bearbeiter: Sachgebietsleiterin Andrea Pankrath
TOP 6 **Gesetzentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften (Drucksache 7/3491)**
hier: Sachstand Abschaffung Straßenausbaubeiträge

Anlagen Artikel aus der Mitteldeutschen Zeitung vom 23.01.2019

Im o.g. Gesetzentwurf halten die Regierungsfractionen an der Straßenausbaubeitragserhebungspflicht fest. Seit der vergangenen Woche wird nunmehr auch die parallel geführte Diskussion um die Abschaffung der Beiträge fortgesetzt.

So haben die Regierungsfractionen von CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Einsetzung einer Arbeitsgruppe vereinbart, die Ende Januar/Anfang Februar ihre Arbeit aufnehmen soll. In der Arbeitsgruppe sollen alle Fragen rund um eine mögliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt erörtert werden. Ein besonderer Fokus soll dabei auf einer intensiven Diskussion der Kompensation des Beitragsanteils durch Landesmittel liegen. Eine Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände in diese Arbeitsgruppe ist beabsichtigt.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN halten dabei grundsätzlich an ihrer Position fest, die Straßenausbaubeiträge abschaffen zu wollen. Anders die Fraktion der CDU; sie will die umstrittenen Beiträge senken, aber nicht abschaffen. Wesentlich sind für diese Positionierung der CDU-Fraktion zwei Erwägungen. Einerseits bedürfte es bei einer Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eines Stichtages, der auch immer Ungerechtigkeiten und damit „Verlierer“ mit sich bringt. Andererseits geht die Fraktion - anders als die Koalitionspartner - von deutlich höheren Kompensationskosten von bis zu 85 Mio. Euro aus. Die SPD-Fraktion positioniert sich zudem eindeutig, dass es die Einführung einer „Kann-Regelung“ mit der SPD-Landtagsfraktion nicht geben wird.

Aus Sicht des SGSA ist die Versachlichung der Diskussion zu begrüßen. Die offensive Debatte in jüngster Vergangenheit führte zu großer Verunsicherung in den Städten und Gemeinden und bei den Bürgern. In ersten Ortschaften haben die Vertretungen und Verwaltungen erste Bauprojekte auf Eis gelegt - eine fatale Situation angesichts des zunehmenden Investitionsstaus in der kommunalen Verkehrsinfrastruktur. Es bleibt deshalb zu hoffen, dass die Diskussion sachlich und mit der gebotenen Sorgfalt geführt wird, ohne dass weiterhin der Eindruck erweckt wird, die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sei nur eine Formalie.

Finanzstreit lähmt den Bau

SANIERUNG Schafft Sachsen-Anhalt die Straßenausbaubeiträge ab? Die Koalition ist uneins - jetzt legt die erste Stadt bereits geplante Projekte auf Eis.

VON JAN SCHUMANN

MAGDEBURG/MZ - Für viele Anwohner sind die Rechnungen ein Ärgernis, für einige sogar existenzbedrohend. Die Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt sind zum Politikum geworden. Während die Koalition aus CDU, SPD und Grünen so ernsthaft wie nie über eine Abschaffung streitet, wächst die Unsicherheit in den Städten und Gemeinden: Woher soll das Geld für Straßensanierungen kommen, wenn Anlieger künftig nicht mehr direkt zur Kasse gebeten würden? In Haldensleben (Börde) sind erste Sanierungen vorerst abgesagt, bis Klarheit über die künftige Finanzierung besteht. Indes ist völlig offen, wann die Koalition sich auf eine Reform einigt.

„Es ist davon auszugehen, dass es weitere Fälle geben wird, in denen Kommunen Sanierungen auf Eis legen“, sagte Jürgen Leindecker, Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, der MZ. In Haldensleben geht es um drei Straßenzüge, deren Sanie-

rung schon geplant war - der Stadtrat setzte sie aber bis Ende 2019 aus und will die Klärung in der Koalition abwarten. „Es gibt eine große Verunsicherung in der kommunalen Familie, bei den Bürgermeistern und vor allem bei den Stadträten“, sagte Leindecker. In den Kommunen sei unklar, woher das Geld bei einer Abschaffung der Beiträge kommen soll. Zuletzt ging es landesweit um eine Gesamtsumme von acht bis zwölf Millionen Euro im Jahr. Hintergrund: Derzeit legen Städte und Gemeinden einen Teil der Sanierungskosten für Straßen auf Anlieger um. Die Höhe richtet sich nach Grundstücksgröße, Ar-

„Es ist davon auszugehen, dass es weitere Fälle gibt.“

Jürgen Leindecker
Städte- und Gemeindebund

beitsaufwand und danach, ob es sich um eine Hauptverkehrsstraße oder eine Sackgasse handelt. Teils sind auf einen Schlag fünfstelligen Beträge fällig. Länder wie Bayern, Berlin und Hamburg haben die Beitragspflicht bereits gelockert oder abgeschafft.

In Sachsen-Anhalts Koalition wollen SPD und Grüne dies nun auch erreichen. Das Problem: Es muss eine andere Finanzierungsquelle gefunden werden. Die Grünen schlagen eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer vor, die SPD will Landesgeld von anderer Stelle einsetzen. Allerdings sperrt sich der dritte Koalitionspartner, die CDU, gegen eine vollständige Abschaffung. „Wir wollen Bürger und Kommunen entlasten, aber nicht gen null“, sagt CDU-Fraktionschef Siegfried Borgwardt.

Die Christdemokraten sehen zwei Probleme bei einer Abschaffung der Beiträge: Zum einen müsste ein Stichtag festgelegt werden, ab dem Bürger von Beiträgen befreit sind - eine schwierige Entscheidung, bei der es zwangsläufig Verlierer gibt. Zu-

mal sich das Land Rückzahlungen bereits geflossener Beiträge nicht leisten könne, so Borgwardt. Zudem fürchtet er, dass bei einer vollen Finanzierung durch das Land nicht mehr auf die Höhe der Sanierungskosten geachtet werde. Ein weiteres Problem: Es sei unklar, wie viel Geld eigentlich für die Abschaffung benötigt werde. „Je nach Berechnung schwankt das zwischen 35 oder 85 Millionen Euro“, so Borgwardt. Andere Kalkulationen liegen deutlich darunter. Laut Borgwardt sucht eine neue Arbeitsgruppe der Koalition nun nach einer Lösung.

Der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt sieht derweil eine Abschaffung der Beiträge ebenfalls skeptisch. „Mehrheitlich sprechen sich die Bürgermeister dafür aus, das System zu lassen, wie es ist“, sagte Geschäftsführer Leindecker. Dies sei auch eine Gerechtigkeitsfrage. „Schätzungsweise die Hälfte aller Anlieger im Land hat bereits Beiträge gezahlt“, erklärte Leindecker.